



**Sehr geehrte Damen und Herren,**

der erste ausgeglichene Haushalt seit Jahrzehnten ist in greifbarer Nähe: 2015 soll unter dem Etat die schwarze Null stehen. Für dieses Jahr bleibt die Neuverschuldung auf 6,5 Milliarden Euro begrenzt, ebenfalls der niedrigste Wert seit 40 Jahren. Um den Etat rasch zu verabschieden, sind die Beratungen des Haushaltsausschusses überaus straff durchgeführt worden. Die Debatte um den Bundeshaushalt wurde traditionell auch zu einer Generalausprache im Deutschen Bundestag genutzt.

#### **Haushalt 2014 ist „historische Zielmarke“**

In den nun ablaufenden parlamentarischen Beratungen des Bundeshaushalts 2014 haben wir das haushaltspolitische Profil der Union nachdrücklich geschärft. Trotz erschwerter Umstände konnten wir den Regierungsentwurf hinsichtlich der ambitionierten Ziele bei der Verschuldung einhalten: Die Nettoneuverschuldung von unverändert 6,5 Milliarden Euro ist der niedrigste Wert seit 40 Jahren. Wir haben uns nicht dazu verleiten lassen, die maximal zulässige Nettoneuverschuldung in Höhe von mehr als 34 Milliarden Euro auszuschöpfen. Strukturell weist der Bundeshaushalt 2014 sogar einen Überschuss von 1,3 Milliarden Euro aus. Die strukturelle Neuverschuldung ist auch im europäischen Haushaltüberwachungsverfahren ein wesentlicher Indikator dafür, ob ein Staat über seine Verhältnisse lebt oder solide wirtschaftet.

Die Verlässlichkeit unserer Haushaltspolitik zeigt sich vor allem auch daran, dass die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr kräftig, nämlich um 11,3 Milliarden Euro, sinken. Die erheblichen unvorhergesehenen Belastungen, vor allem durch die vorläufige Rückerstattung der Kernbrennstoffsteuer, aber auch durch die Umsetzung des Tarifabschlusses im Öffentlichen Dienst, haben wir vollständig auffangen können.

Für Bundeskanzlerin Angela Merkel ist der Haushalt 2014 „eine historische Zielmarke“. Mit diesem Haushalt lege die Koalition die Grundlagen dafür, dass Deutschland auch in Zukunft stark bleibe, sagte die Kanzlerin. Er festige den Zusammenhalt zwischen den Generationen. Für die große Koalition hätten Investitionen in Bildung, Forschung, Infrastruktur und Energieversorgung Priorität, erklärte Merkel. Diese diene auch dem Erhalt und der Schaffung von Arbeitsplätzen.

## **Praxistaugliche Mietpreisbremse**

In der Presse wird aktuell über das Vorhaben der Großen Koalition berichtet, auf angespannten Wohnungsmärkten eine Mietpreisbremse einzuführen. Wir wollen verhindern, dass Menschen aus ihren angestammten Wohnvierteln verdrängt werden, weil sie bei einem Umzug die neue Miete nicht zahlen können oder ihnen zahlungskräftigere Mieter vorgezogen werden. Dazu haben wir die befristete Mietpreisbremse in unser Wahlprogramm aufgenommen und im Koalitionsvertrag vereinbart.

Dabei kommt es uns auf eine zielgenaue und praxistaugliche Ausgestaltung an, die das Problem steigender Mieten tatsächlich bei der Wurzel packt. Die Mieten steigen vor allem in attraktiven Lagen von Groß- und Universitätsstädten. Hier soll die Mietpreisbremse für bis zu 5 Jahre eine Dämpfung des Mietenanstiegs bewirken, indem die neue Miete auf höchstens 10% über der Vergleichsmiete begrenzt wird.

Wo die Politik einen angespannten Wohnungsmarkt festgestellt, muss sie auch die Ursachen dafür angehen. Deshalb fordern wir, dass die Länder zugleich mit der Anordnung einer Mietpreisbremse auch eigene Maßnahmen planen, wie sie auf Dauer für preiswerten Wohnraum sorgen wollen. Dafür stehen im Koalitionsvertrag 518 Mio. Euro pro Jahr für die Länder bereit.

## **Kartellbeschwerde gegen Google**

Die VG Media hat gemeinsam mit zwölf Presseverlagen beim Bundeskartellamt eine Missbrauchsbeschwerde gegen Google eingereicht. Mit der Einführung des Leistungsschutzrechts für Presseverlage hat der Gesetzgeber eine eindeutige Rechtslage geschaffen. Das geltende Recht wird von Google jedoch offensichtlich insbesondere auf seinem Nachrichtenportal Google News konsequent nicht beachtet: Statt in Verhandlungen zu treten, drohte Google den Verlagen per E-Mail mit dem Auslisten ihrer Inhalte. Das zeigt, dass Google seine marktmächtige Position missbraucht – in dem Wissen, dass die eigene Monopolstellung im Netz dieses Verhalten ermöglicht. Google weiß, dass es im Alleingang festlegen kann, wer im Internet stattfindet und wer nicht.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt, dass die in der VG Media zusammengeschlossenen Presseverlage deshalb nun eine Kartellbeschwerde eingeleitet haben. Wir sehen diesen Schritt auch als ein deutliches Signal in Richtung EU-Kommission, über die Einleitung eines wettbewerbsrechtlichen Verfahrens gegen Google nachzudenken und nicht auf eine Vereinbarung zu setzen.

Auch im Rechtsraum Internet gelten die Regeln der sozialen Marktwirtschaft: Es ist nicht der Stärkste, der die Regeln setzt, sondern der Staat im Interesse der Allgemeinheit. Wir werden die weiteren Entwicklungen beim Bundeskartellamt als zuständiger Aufsichtsbehörde mit großem Interesse verfolgen.

## Bundestagsabgeordnete für drei Tage

Drei Tage lang schlüpfte die Meerbuscher Schülerin Klara Lamberts in die Rolle der fiktiven Bundestagsabgeordneten Hanna Müllejans, einer 61jährigen Dame aus Bayern. Auf meine Einladung hin nahm Klara Lamberts an der Parlamentssimulation des Deutschen Bundestages „Jugend und Parlament“ teil. Dieses Planspiel soll den Weg der Gesetzgebung für Jugendliche und junge Erwachsene nachvollziehbar machen. Ausgestattet mit neuen Namen, Biographien und politischen Überzeugungen, bringen die 315 Teilnehmer vier fiktive Gesetzesentwürfe durch das Gesetzgebungsverfahren.



Klara Lamberts, alias Hanna Müllejans, gehörte zur APD-Fraktion, die der SPD-Fraktion entspricht, und musste einen möglichen Einsatz der Bundeswehr in „Sahelien“ (an die Unterstützungsmission der Bundeswehr in Mali angelehnt) mitberaten. Erst erfolgten die Beratungen innerhalb der eigenen Fraktion, dann im entsprechenden Ausschuss und abschließend in der Plenardebatte im Plenarsaal.

Ich finde dieses Planspiel ausgesprochen sinnvoll. Es macht deutlich, wie Politik funktioniert, und zeigt, dass viel mehr dahintersteckt, als in der Tagesschau zu sehen ist.

Ich selbst habe 1993 auf Einladung des damaligen CDU-Bundestagsabgeordneten an „Jugend und Parlament“ teilgenommen.

In der Regel mache ich im Frühjahr durch einen Hinweis in der Presse auf das Planspiel des Bundestages, das immer Ende Mai/Anfang Juni stattfindet, aufmerksam. Interesse können Jugendliche jedoch immer per E-Mail in meinen Wahlkreisbüros anmelden.

Herzlichst,

### Impressum:

Herausgeber:  
Ansgar Heveling MdB  
Wahlkreis 110  
Jüchen, Kaarst, Korschenbroich,  
Krefeld, Meerbusch

### Büro Berlin

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 0 30 / 227 – 71 035  
Fax: 0 30 / 227 – 76 235

[ansgar.heveling@bundestag.de](mailto:ansgar.heveling@bundestag.de)